

## Vergangenheitsaufarbeitung in der Russischen Föderation

Ignatow, Assen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ignatow, A. (1997). *Vergangenheitsaufarbeitung in der Russischen Föderation*. (Berichte / BIOst, 42-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43199>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

|   | Seite |
|---|-------|
| Kurzfassung.....  | 3     |
| I. Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts.....  | 7     |
| II. Umgang mit Unterlagen der Geheimdienste und der herrschenden kommunistischen Partei.....  | 11    |
| 1. Innenpolitik und Parteigeschichte .....  | 13    |
| 2. Terror und Repressionen .....  | 14    |
| 3. Ideologische Fragen und Kontrolle der Kultur durch die Partei .....  | 14    |
| 4. Außenpolitik und fremde KPs .....  | 15    |
| III. Weiterbeschäftigung von Funktionsträgern der früheren kommunistischen Partei im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich.....                   | 16    |
| IV. Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, den Medien und der Wissenschaft: Im Spannungsfeld zwischen Resistenz und Kollaboration..... | 19    |
| V. Einschätzung der KP-Nachfolgepartei, insbesondere ihres Umgangs mit der eigenen Vergangenheit .....  | 21    |
| Summary .....   | 25    |

26. August 1997

Im Rahmen eines Projekts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit" entstand der vorliegende Bericht aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.



**Assen Ignatow**

## **Vergangenheitsaufarbeitung in der Russischen Föderation**

Bericht des BIOst Nr. 42/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der ehemaligen Sowjetunion und ihrem eigentlichen Kern, Rußland, ist eine komplexe und vielseitige, dabei recht schwierige Aufgabe. Die Ergebnisse sind sehr ungleichmäßig.

Im folgenden Bericht wird der Versuch unternommen, diese Bewältigung in großen Linien zu skizzieren, wobei die Untersuchung mehrere Aspekte betrifft: die Rehabilitierung der Opfer der Diktatur bzw. die Bestrafung der Organisatoren und Ausführer des Terrors, die Veröffentlichung der früheren Geheimmaterialien der Machtzentren, die jetzigen Machtpositionen der kommunistischen herrschenden Schicht, den Widerhall der Vergangenheitsbewältigung in der Öffentlichkeit und die Lage der kommunistischen Partei.

#### *Ergebnisse*

1. Das allgemeine Bild der juristischen Bewältigung des kommunistischen Unrechts ist widersprüchlich. Es gibt große Schwierigkeiten, die der sehr langen Dauer der kommunistischen Herrschaft entstammen: Sowohl viele zu Unrecht Verfolgte als auch viele der an diesen Verfolgungen Schuldigen sind inzwischen tot. Dieser Umstand macht die Bestrafung der Schergen des kommunistischen Regimes unmöglich und die Rehabilitierung der Opfer zu einer rein symbolischen.
2. Immerhin ist in diesem Bereich auch viel Positives geleistet worden. Ein allgemeiner juristischer Rahmen und Grundlinien sind geschaffen worden, die zumindest teilweise das Unrecht zu beseitigen vermögen. Dies sind zwei Gesetze: "Über die Rehabilitierung der Völker, die Opfer von Repressionen waren" (26.4.1991) und "Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen" (18.10.1991). Rehabilitiert werden können sowohl die unschuldig Verurteilten als auch die ohne Gerichtsurteil Repressierten. In Rußland ist eine echte Lawine von Rehabilitierungsverfahren im Gange, die unbürokratisch und zugunsten der Bittsteller verlaufen. Die Medien berichten regelmäßig darüber. Es ist jedoch schwierig, eine Gesamtzahl zu nennen.
3. Die Rehabilitierungen begannen noch in der Mittel- und Spätphase der Perestrojka, genauer: 1987-1988, als zunächst manch ein berühmter Schauprozeß revidiert wurde, so z.B. der Prozeß gegen die "Partei der werktätigen Bauern", der Prozeß gegen die "Indu-

striepartei", der Prozeß gegen Bucharin, Rykow, Rakowskij, Krestinskij und andere Mitglieder des "Rechtstrotzkistischen Blocks", später der Prozeß gegen Sinowjew, Kamenew und andere "Verräter".

4. Im sichtbaren Kontrast zum sehr befriedigenden Stand der Rehabilitierungen steht die strafrechtliche Verfolgung jener Richter, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Staatssicherheits- und Milizoffiziere sowie deren Mitarbeiter, die Unschuldige verhafteten, folterten, erpreßten und ermordeten. Es gibt kein spezielles Gesetz, das die Verfolgung dieser Vergehen ermöglichen und regeln würde. Allerdings können solche Täter nach dem geltenden Strafrecht verfolgt werden. Dennoch ist bis zum heutigen Tag kein einziges Urteil gegen diejenigen ausgesprochen worden, die skrupellos gegen die Gesetze ihres eigenen Systems verstießen und unschuldige Menschen repressierten. Außer dem passiven Widerstand der Machtelite, die in der einen oder anderen Weise mit dem alten System verbunden ist, gibt es hier auch eine juristische Sperre: die in Rußland geltende zehnjährige Verjährungsfrist, die die strafrechtliche Verfolgung von fast allen Verbrechen des kommunistischen Regimes unmöglich macht.
5. Im Bereich der Aufdeckung von Geheimnissen des kommunistischen Systems sind die neuen Behörden und die Öffentlichkeit zu sehr wertvollen Ergebnissen gekommen. Die wichtigsten Geheimarchive (die Archive des ZK der KPdSU und der Komintern, des Präsidenten der UdSSR – jetzt der Russischen Föderation – sowie des Auswärtigen Amtes) sind im Prinzip geöffnet. Wie der verstorbene bedeutende Historiker Dmitrij Wolkogonow mitteilte, sind (nach groben Schätzungen) 78 von insgesamt 80 Millionen geheimer Archivsachen freigegeben. Die weiterhin geheimen Dokumente würden, so Wolkogonow, die nationalen Interessen Rußlands betreffen.
6. Die Veröffentlichung von Materialien, die Licht auf das "Heiligste" der Diktatur werfen, findet ununterbrochen statt. Diese Texte erscheinen seit einigen Jahren hauptsächlich in drei spezialisierten Zeitschriften (die eigentlich nur aus solchen Texten bestehen!).
7. Die Quellen, die Wissenschaftlern, aber auch dem großen Publikum nach der Öffnung der Archive zur Verfügung stehen, sind immens. Allerdings umfassen sie nicht alles: Das persönliche Archiv Stalins ist verschwunden (wahrscheinlich von den höchsten sowjetischen Politikern vernichtet).
8. Die jetzt publizierten Archivtexte bedeuten keine Revolution unserer Vorstellungen über das Sowjetsystem, aber sie veranschaulichen und ergänzen diese auf eine besonders lebhaft Weise. Sie beleuchten alle Aspekte der kommunistischen Politik. Dank dieser Texte sind wir imstande, die konkreten Mechanismen vieler Vorgänge besser zu verstehen. Die geheimen Dokumente zeigen, wie das Stenogramm eines politischen Prozesses gefälscht wurde, wie der Repressionsapparat funktionierte, wie ängstlich und unwürdig sich hohe kommunistische Funktionäre (z.B. Lawrentij Berija) verhielten, als auch sie in das Karussell des Terrors gerieten, wie Kulturpolitik gemacht wurde, welcher Ton bei den Treffen zwischen sowjetischen Führern und ausländischen Kommunisten herrschte und was Moskau wirklich von den Qualitäten seiner osteuropäischen Helfershelfer hielt (u.a. zeigte sich die Sowjetführung gegenüber Ulbricht und Grotewohl sehr reserviert).

9. Die Weiterbeschäftigung von ehemaligen kommunistischen Funktionären im öffentlichen Dienst ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Die ungewöhnlich lange Dauer der kommunistischen Macht konsolidierte die kommunistische Machtelite und erlaubte nicht die Herausbildung einer echten Gegenelite. Somit besteht die neue Elite aus jenem Teil der alten kommunistischen, der die politische Wende akzeptierte, und aus ehemaligen Bürgerrechtlern und Dissidenten, die jedoch ganz zu Anfang – vor ihrer Rebellion – auch zur Nomenklatura gehört hatten.
10. Allerdings handelt es sich um Personen, die ziemlich inferiore Positionen im kommunistischen Partei- und (vor allem) Staatsapparat bekleidet haben. Dies ist an der russischen Regierung selbst zu erkennen. Präsident Jelzin (er war ZK-Sekretär und Politbüro-Kandidat) und Ministerpräsident Tschernomyrdin (ZK-Mitglied) hatten früher verhältnismäßig hohe Posten. Es ist sehr aufschlußreich, daß kein anderer als die Symbolfigur des russischen Antikommunismus, Jelzin, eine wichtige Person des alten Systems war.
11. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Rußland sehr deutlich von den anderen ex-kommunistischen Ländern und auch von den neuen Bundesländern, wo diejenigen, die früher politisch verantwortliche Posten bekleidet haben, aus ihren Ämtern weitgehend entfernt worden sind. In Tschechien, eine Zeitlang auch in Bulgarien, wurde sogar ein Verbot ausgesprochen: Ehemalige Top-Funktionäre durften für eine bestimmte Zeit keine leitenden Posten besetzen. Solches ist in Rußland unvorstellbar. Die alte Nomenklatura ließ in Rußland keine andere Gruppe zu, die eine alternative Rolle hätte spielen können.
12. Die russische Öffentlichkeit zeigt in bezug auf die Vergangenheitsbewältigung großes Engagement und die den Russen eigene Leidenschaftlichkeit. In gewissem Sinne lebt das ganze Land mit seiner Vergangenheit, über die lebhaft diskutiert wird. Groß ist vor allem das Interesse an den früher verpönten oder totgeschwiegenen Figuren der russischen politischen und geistigen Geschichte. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die breiten Massen erst jetzt die Geschichte ihres Landes richtig zu lernen beginnen. Was das Verhältnis zwischen Widerstand und Anpassung anbelangt, so laufen die Einschätzungen scharf auseinander. Nach wie vor existiert die populäre Meinung vom "Volk von Sklaven und Denunzianten". Aber es sind auch andere Stimmen zu hören. Noch vor der Wende hat Alexander Solschenizyn in seinem epochemachenden Werk "Archipel Gulag" akribisch die Streiks, Demonstrationen, Aufstände und Guerilla-Bewegungen geschildert, die es trotz des grausamen Terrors gegeben hat. Jetzt erfährt das Publikum immer mehr über einen zum Teil verzweifelten Widerstand in verschiedenen Perioden der Sowjetgeschichte. Noch früher begann – aber unsystematisch und eher zufällig – die Entdeckung von makabren Spuren der kommunistischen Verbrechen – von Erschießungsplätzen, Massengräbern und Leichen.
13. Vor diesem Hintergrund hat sich die Taktik der Kommunisten verändert. Direktes Leugnen oder Rechtfertigen des Terrors ist jetzt eine Ausnahme, allerdings hat Gennadij Sjuganow im Gespräch mit dem Reporter des Magazins "Der Spiegel" frech gesagt, unter Stalin habe es viel weniger Opfer gegeben als unter Jelzin. Im allgemeinen bestreiten die



- Kommunisten den Terror nicht, behaupten aber, er sei die Kehrseite der "großen staatsmännischen Politik" von Lenin und Stalin gewesen.
14. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation ist die stärkste und am besten organisierte politische Partei im Lande. Sie verfügt über flächendeckende, disziplinierte und permanent funktionierende Strukturen. Die Kommunisten konnten zum Glück nicht die Präsidentschaftswahlen gewinnen, bleiben aber nach wie vor eine ernsthafte Gefahr für die junge Demokratie.
  15. Die KPRF steht an letzter Stelle bezüglich innerer Evolution und kritischer Abgrenzung von der Vergangenheit. Sie bekennt sich *grosso modo* zum Leninismus und Stalinismus und lehnt eine Sozialdemokratisierung als Idee ab. So bleibt sie, verglichen mit den ost- und mitteleuropäischen postkommunistischen Parteien, eine konservative, antidemokratische Kraft. Wenn sie sich den Anschein einer gewissen Selbstkritik geben will, geschieht dies in einer zweideutigen Weise. Entweder kritisiert die Partei Stalin dafür, daß er noch "stalinistischer" hätte sein müssen, oder aber sie schreibt die "Fehler" anderen zu, wie z.B. Stalins Feind Trotzki sowie Lawrentij Berija, der ein gehorsamer Diener Stalins war und sogar die "Aktion" zur Ermordung von Trotzki leitete. So bleibt die KPRF eine politische Kraft, von der mit Recht gesagt werden kann, daß sie im Unterschied zu den polnischen, ungarischen, tschechischen und sogar zu den bulgarischen Kommunisten nichts Altes vergessen und nichts Neues gelernt hat.
  16. Zum Schluß ist zu sagen, daß die Vergangenheitsbewältigung in Rußland sehr widersprüchlich und ungleichmäßig ist. Positive Resultate gibt es bei der Rehabilitierung der Opfer des kommunistischen Unrechts und bei der publizistischen Aufarbeitung der geheimen Dokumente der alten Machtzentren. Was die Bestrafung der Schuldigen für den Terror betrifft, ist nichts geschehen. Wenig Veränderungen gibt es auch in der "Substanz" der Machtelite. Und die Partei der russischen Kommunisten, die ihren Namen nur unwesentlich geändert hat und ihre Schuld vor dem Volk und auch vor der Welt nicht sehen will, zeigt sich praktisch zur Reue wenig bereit und wenig lernfähig.

## I. Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts

In Rußland stellt sich diese Frage mit ganz besonderer Brisanz, weil die Rechtsbeugung besonders groß und das kommunistische Imperium ein Unrechtsstaat *par excellence* war. Die Schärfe des Problems und auch die Schwierigkeit seiner Lösung sind leicht zu verstehen, wenn man den immensen Zeitraum berücksichtigt. (Die Terrorherrschaft dauerte dreieinhalb Jahrzehnte - von der Machtergreifung 1917 bis zum Tode Stalins, die Repressionen setzten sich in modifizierter und abgeschwächter Form weitere 30 Jahre bis zum Anfang oder sogar bis zur Mitte der Perestrojka fort.) Diese immense Zeitspanne macht sogar die einfache "Inventarisierung" der Verbrechen schwierig. Die Komplizenschaft breiter Schichten der sowjetischen Nomenklatura mit den repressiven Organen erschwert die Wahrheitsfindung. Die Tatsache, daß fast eine ganze Generation sowohl von Opfern als auch von Henkern und Peinigern bereits ausgestorben ist, macht die Verfolgung der Täter ineffektiv und die posthume Rehabilitierung nur symbolisch. Dabei war selbst das Bild des Terrors sehr bunt. Die anfängliche "proletarische Justiz" sah wie eine irrealer, erdachte Parodie auf das Gerichtswesen aus: Es gab Prozesse ohne Verteidiger und Prozesse mit direkter Einmischung des Publikums in die Debatte, ja selbst in die Gerichtsentscheidung.<sup>1</sup> Aber oft gab es nicht einmal das, sondern die Verhafteten wurden einfach massakriert. Später kam es zu einer bürokratischen Kodifizierung des Terrors unter Stalin, was die Rekonstruktion der Tatsachen erleichtert, aber dieselben Barrieren juristischer Kasuistik schafft, wie sie jetzt bei uns im Umgang mit der DDR bestehen. (Darf man Handlungen strafen, die im Einklang mit dem UdSSR-"Recht" standen?) Aber wären all diese Schwierigkeiten nicht existent, würde die Enthüllung, Wiedergutmachtung und Bestrafung kommunistischen Unrechts dennoch ganze Jahrzehnte brauchen und jede politische Brisanz verlieren.

Dabei gab es organisierte politische Kriminalität, ja einen echten Staatsterrorismus, der nicht nur gegen einzelne Personen, sondern auch nach dem totalitären Prinzip der "kollektiven Schuld" gegen ganze soziale Gruppen (gegen das "Kulakentum", das *qua* Kulakentum enteignet, verbannt und deportiert wurde) und – nicht weniger kraß – gegen ganze ethnische Gruppen gerichtet war (gegen die "verräterischen Völker" wie Tataren, Wolga-Deutsche usw., deren kollektive Schuld offiziell proklamiert wurde und sich auch auf die KPdSU-Mitglieder<sup>2</sup> übertrug).

Trotz aller Schwierigkeiten ist auch Positives geleistet worden. So sind ein allgemeiner juristischer Rahmen und Grundlinien formuliert worden, die - zumindest bis zu einem gewissen Grad - die Wiedergutmachtung und die Verurteilung des Unrechts ermöglichen. Dies sind die beiden Gesetze "Über die Rehabilitierung der Völker, die Opfer von Repressionen waren" vom 26. April 1991 und "Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen" vom

---

<sup>1</sup> Vgl. A. Solženicyn, Archipelag GULag. 1918-1956 [Der Archipel GULag], I-II, Paris 1973, S. 350-374.

<sup>2</sup> Vgl. R.A. Medvedev, Stalin. Nekotorye stranicy iz političeskoj biografii [Stalin. Seiten seiner politischen Biographie], in: Dvadcaty vek [London], 2, 1977, S. 59-61.

18. Oktober 1991.<sup>3</sup> Diese Gesetze stellen a priori die Unschuld sowohl ethnischer und sozialer Gruppen als auch einzelner Personen fest.

Die Bekämpfung von Unrecht hat zwei Seiten. Zum einen ist es die Rehabilitierung von unschuldig Verurteilten oder ohne Gerichtsurteil Repressierten. Im Falle der Aufhebung von Gerichtsurteilen handelt es sich um Urteile, die aufgrund von offensichtlicher Rechtsbeugung (Erpressung von Eingeständnissen, Fälschungen, lügenhaften Aussagen usw.) ausgesprochen worden sind.

Zur Rehabilitierung: Im Lande ist eine Lawine von Rehabilitierungsgesuchen im Gange, die von den Betroffenen selbst oder von dritten (Verwandten, Kindern, Elternteilen, Geschwistern) bei der Staatsanwaltschaft oder beim Innenministerium eingereicht werden. Letzteres gilt für die administrativen Maßnahmen, die ohne Gerichtsurteil von den Sicherheitsdiensten oder der Miliz ergriffen wurden (Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlung, Verbannung etc.). Dabei erleichtern die Gesetze die Rehabilitierung, weil ohne Schuldprüfung jene Bürger rehabilitiert werden, die nach manchen berüchtigten, 1989 abgeschafften Artikeln des Strafgesetzbuches für schuldig befunden worden sind wie Art. 70 (antisowjetische Propaganda und Agitation), Art. 190 (Verbreitung unwahrer Behauptungen zum Zwecke der Verleumdung von Staat und Gesellschaft), Art. 142 und 227 (Verstöße gegen die Trennung von Staat und Kirche). Um eine Vorstellung von der Tragweite der Aufhebung dieser Gesetzestexte zu bekommen bzw. von den Auswirkungen der durch sie zustande gekommenen Rehabilitierungen zu gewinnen, wäre es wichtig, daran zu erinnern, daß gerade nach diesen Gesetzen Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Sowjetbürgern zum Freiheitsentzug und/oder zu schwerer Zwangsarbeit verurteilt wurden. Jedes gereizte Wort über Versorgungsmängel beim Schlangestehen, jede im Privatgespräch geäußerte Bemerkung, daß das Land auf den Krieg nicht vorbereitet gewesen sei, konnten als antisowjetische Agitation abgestempelt und verfolgt werden; jede kirchliche Taufe eines neugeborenen Kindes oder jedes engagiertere Bekenntnis zum christlichen oder einem anderen Glauben konnte als Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche bestraft werden.

Wie sieht die *Rechtspraxis* aus?

Zu den allergrößten und sensationellen Rehabilitierungen gehören jene, die mit den Schauprozessen der 30er Jahre verbunden sind. Interessanterweise - und abweichend von der üblichen Perestrojka-Logik - rehabilitierte das Militärkollegium des Obersten Gerichts Mitte Juli 1987 als ersten einen Nichtkommunisten, den großen russischen Wirtschaftswissenschaftler Alexander Tschajanow, samt 14 Mitarbeitern und Schülern, die 1931 wegen "Gründung" einer phantasmagorischen "Partei der werktätigen Bauern" zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Das Militärkollegium des Obersten Gerichts stellte fest, daß eine solche "Partei" nie existiert hat. Später wurden die im Prozeß gegen die sogenannte "Industriepartei" (*prompartija*) Verurteilten rehabilitiert. Dieser Prozeß war schon damals so sinnlos, daß fast

---

<sup>3</sup> Vgl. Oesten Baller, Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in der Russischen Föderation, in: Georg Brunner (Hrsg.), Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland, Berlin 1995, S. 138-139.

alle Beschuldigten unmittelbar nach dem Gerichtsurteil stillschweigend, ohne jegliche Erklärungen, von neuem zum Teil hohe Posten besetzten (juristisch waren sie bis vor kurzem allerdings "schuldig").

Besonderes Aufsehen erregte die Rehabilitierung von Stalins Rivalen innerhalb der KPdSU, vor allem des "Lieblings der Partei", des berühmten kommunistischen Theoretikers und Chefs der Komintern, Nikolaj Bucharin. Am 4. Februar 1988 hob das Plenum des Obersten Gerichts mit speziellem Beschluß (*postanovlenie*) das Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts gegen Bucharin, Rykow, Rosengolz, Tschernow, Bulanow, Lewin, Kasakow, Maximow, Dikowskij, Krjutschkow, Pletnjow und Rakowskij "wegen des Fehlens eines kriminellen Tatbestandes" auf. In der Entscheidungsbegründung ist zu lesen, daß das Urteil von 1938 aufgrund grober Verstöße gegen die "sozialistische Legalität" (Aussagenerpressung mit "un-erlaubten Methoden", Fälschung usw.) ausgesprochen wurde. Zuvor waren die in derselben Strafsache Angeklagten Krestinskij, Grinko, Selenskij, Iwanow, Bessonow, Ikramow, Chodschajew, Scharangowitsch und Subarjow bereits rehabilitiert worden, zumindest verfügen wir über keine weitere Quelle für die Rehabilitierung dieses Teils der Angeklagten und wissen auch nicht, warum nicht alle Angeklagten mit einem Akt rehabilitiert wurden.<sup>4</sup> Hochinteressant ist jedenfalls, daß der berühmte Chef der Geheimpolizei, Genrich Jagoda, der auch in dieser Strafsache verurteilt war (allerdings nicht für reale, sondern für imaginäre Verbrechen), nicht rehabilitiert wurde. Die hohen Richter haben nicht gewagt, konsequent juristisch zu denken und festzustellen, daß Jagoda, obwohl selber Verbrecher, die ihm vor dem Militärgericht 1938 zugeschriebenen Delikte nicht begangen hatte und in diesem Sinne unschuldig war.

Später wurden auch die Gerichtsurteile gegen Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, die auch eine führende Rolle in der KP, im Staat und in der Komintern im ersten Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution gespielt haben, sowie gegen deren Gesinnungsgenossen aufgehoben. Auch bei diesen Rehabilitierungen stellte das Gericht fest, daß alle Beschuldigungen, zu denen die meisten Angeklagten "Geständnisse" abgelegt hatten, frei erfunden waren.

Die zweite Seite der Bekämpfung des kommunistischen Unrechts ist die strafrechtliche Verfolgung der an der Rechtsbeugung Schuldigen. Während im Bereich der Rehabilitierungen nicht wenig geleistet worden ist, ist von einer Bestrafung der schuldigen Untersuchungsrichter, Sicherheits- und Milizoffiziere sowie Richter bislang nichts bekannt.

Die Rechtsgrundlage für eine solche Verfolgung bereitet große Schwierigkeiten. Es gibt kein spezielles Gesetz, das die repressiven Akte in der Zeit der kommunistischen Herrschaft sanktioniert. Jedenfalls sieht Art. 18 Abs. 2 des "Gesetzes über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen" die Möglichkeit vor, alle Mitglieder von Gerichten und Sonderorganen, die eine gerichtliche Funktion erfüllten, nach dem geltenden Strafrecht zu verfolgen, d.h. nach dem Strafkodex der Russischen Föderation, Abschnitt 8: Verurteilung eines Unschuldigen, gesetzwidriger Arrest und gesetzwidrige Festnahme, wissentlich falsche Anschuldigung und wissentlich falsche Aussagen sowie Aussagenerpressung. Aber wegen der überlangen Dauer

---

<sup>4</sup> Vgl. Pravda, 6.2.1988.

der kommunistischen Herrschaft entstehen massive Verjährungsprobleme. So können bei der heute geltenden Verjährungsfrist von zehn Jahren nur die Verbrechen verfolgt werden, die zeitlich nicht vor dem Beginn der Perestrojka liegen (z.B. manche der letzten Einweisungen in psychiatrische Kliniken oder Zwangsarbeitsentscheidungen).<sup>5</sup>

Uns ist kein Fall strafrechtlicher Verfolgung von Personen bekannt, die die Menschen- und Bürgerrechte verletzt haben. In dieser Hinsicht ist die Situation in der Russischen Föderation erheblich schlechter und unbefriedigender als in den anderen ehemals kommunistischen Ländern.

Allerdings hat das Verfassungsgericht der Russischen Föderation von Ende Mai bis zum Ende Juli 1992 ein anderes, höchst aufschlußreiches Gerichtsverfahren verhandelt. Auf der Anklagebank saßen keine einzelnen Personen, wohl aber das kommunistische Machtsystem und seine leitende Institution – die kommunistische Partei. Zuerst reichte die KPdSU eine Klage gegen Jelzins Erlasse ein, die nach dem mißlungenen Putsch im August 1991 ihre Tätigkeit verboten. Als Reaktion darauf reagierten der Präsident sowie eine Abgeordnetengruppe mit einer Klage gegen die KPdSU und forderten das Gericht auf, sie offiziell als verfassungswidrig zu bezeichnen.

Obwohl aus Rechtsgründen das Verfassungsgericht das Verfahren einstellte, spielte der Prozeß eine immense Rolle in der Entlarvung der totalitären Diktatur. Das Gericht ließ sozusagen 75 Jahre Geschichte Revue passieren. Solcherweise wurde auf einer Schaubühne von nationalem Maßstab der Öffentlichkeit vorgeführt, was die kommunistische Herrschaft darstellte, welche schwere Verbrechen sie gegen das Volk begangen hat.

Gegen die kommunistische Klage, daß die Erlasse von Jelzin das Recht der Bürger verletzen, sich in Parteien zu organisieren, wiesen die Gegenkläger darauf hin, daß die KPdSU keineswegs als Partei im liberal-demokratischen Sinn zu verstehen ist. "Die an der Macht von 1917 bis 1991 verweilende kommunistische Partei war keine Partei im allgemein angenommenen Sinn dieses Wortes. Indem sie alle Hebel der Macht eroberte, hat die KPdSU die Merkmale einer politischen Partei verloren und sich in eine rechtswidrige überstaatliche Struktur verwandelt."<sup>6</sup> Die KPdSU hat eine totale Unterdrückung der Rechte und Freiheiten der Bürger ausgeübt. Sie fusionierte mit den staatlichen Strukturen. Bis zum Ende ihres Lebens war die KPdSU um eine totale Kontrolle über Land und Gesellschaft bestrebt. Daher konnte sie sich eben nicht als Teil (*pars*) der Zivilgesellschaft verstehen, d.h. eine *Partei* sein. So lautete das Gutachten der Expertengruppe, die die Abgabe und Übergabe der Archive des KGB und des ZK der KPdSU betreute.

In diesem Geist verteidigte Jelzins Vertreter Sergej Schachraj glänzend die Erlasse des Präsidenten vor dem Gericht. Er führte ein riesiges Beweismaterial an, mit dem er zeigte, daß diese Partei binnen 75 Jahren die Freiheiten und Rechte der Bürger mit Füßen getreten, sich über alle Staatsorgane gesetzt, grob die auf ihre eigene Anweisung verabschiedeten Gesetze ver-

---

<sup>5</sup> Vgl. Baller, a.a.O., S. 150.

<sup>6</sup> Zaključenie ekspertnoj grupy po peredače-priěmu archivov KGB i KPSS na gosudarstvennoe chranenie, 7.1.1992, S. 56.

letzt, sich in die Gerichtsverfahren gemischt und einfach den Richtern angeordnet hat, welche Urteile sie fällen sollen, sich des ganzen staatlichen Haushalts nach eigenem und willkürlichem Ermessen bedient und das Volksgeld zur Unterstützung ihrer politischen Agentur im Ausland verschwendet hat. Die Kläger beschuldigten die Partei eines "Genozids des eigenen Volks", der Vernichtung ganzer sozialer Klassen und Schichten und der Vertreibungen ganzer Nationen (der Wolgadeutschen, der Krimtataren u.a.). Das war ein echter Papierberg, der sich von dem Terror gleich nach der Machtergreifung und im Bürgerkrieg über die Entkulakisierung bis zur Unterstützung von allerlei "Kämpfern gegen den Imperialismus" und anderen Abenteurern in der Dritten Welt ausdehnte.

Somit war dieser Gerichtsprozeß ein sehr wirksamer, großangelegter Beitrag zur Informierung der Bevölkerung über die Verbrechen des alten Systems und solcherweise auch zum Bewußtseinswandel.

Man kann sagen, daß obwohl die Vergangenheitsbewältigung in Rußland in vieler Hinsicht unzulänglicher im Vergleich mit Mittel- und Osteuropa ist, dieser Prozeß als politisch relevanter Schritt zur Vergangenheitsaufarbeitung einmalig im ganzen früheren kommunistischen Machtbereich bleibt.

## **II. Umgang mit Unterlagen der Geheimdienste und der herrschenden kommunistischen Partei**

Die Veröffentlichung von Geheimdokumenten der Machtzentren der kommunistischen Zeit ist weit fortgeschritten. In diesem Bereich steht Rußland vielleicht an erster Stelle unter den ehemaligen kommunistischen Ländern. Das Archiv des KGB (jetzt Archiv des Ministeriums für Sicherheit der Russischen Föderation) ist nach wie vor geschlossen, obwohl gewisse Ausnahmen, und zwar im Zusammenhang mit Rehabilitierungsprozessen, gemacht worden sind. Aber vier Archive – das frühere Zentrale Staatsarchiv der Oktoberrevolution (jetzt Staatsarchiv der Russischen Föderation), das frühere Archiv des Auswärtigen Amtes der UdSSR (jetzt Archiv der Außenpolitik), das Zentrum für Aufrechterhaltung der Gegenwartsdokumentation, das frühere Archiv des ZK der KPdSU und der Komintern (jetzt Russisches Zentrum für Aufrechterhaltung und Studium der Dokumente der Gegenwartsgeschichte) – sind grundsätzlich offen und veröffentlichen ununterbrochen Dokumente, die die höchste Stufe der Geheimhaltung hatten.<sup>7</sup> Daß die russischen Behörden hier konsequent vorgehen, spricht natürlich für die Aufrichtigkeit der zugunsten der Demokratie getroffenen Entscheidung. Die immense Menge der streng geheimen Dokumente wirkt vor dem Hintergrund der Geheimniskrämerei im zaristischen Rußland, aber mehr noch in der kommunistischen Sowjetunion, verblüffend.

Die Ironie des Schicksals wollte es, daß gerade das kommunistische System widerwillig für seine eigene Entlarvung sorgte. Der pedantische Bürokratismus des Systems ermöglichte

---

<sup>7</sup> Vgl. Brigitte Studer/Bernhard H. Bayerlein/André Lasserre, La situation des archives centrales dans l'ex-Union soviétique II (fin), in: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism, 7/8, 1996, S. 13.

nämlich die Archivierung beinahe jedes Blättchens des Apparats. Deswegen erlauben die Archive der sowjetischen Machtinstitutionen eine quasi lückenlose Rekonstruktion der Sowjetgeschichte.

Somit konnte der Historiker Dmitrij Wolkogonow, der sich um die Berichtigung der kommunistischen Geschichtsfälschungen verdient gemacht hat, 1994 mitteilen, daß die vom Parlament (der Duma) bestimmte Sonderkommission 78 Millionen von insgesamt 80 Millionen Archivsachen aus dem Archiv des ZK der KPdSU, aus dem persönlichen Archiv des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation geöffnet und der Öffentlichkeit zur Benutzung freigegeben hat. Der Rest von 2 Millionen Archivsachen konnte, so Wolkogonow, noch nicht zugänglich gemacht werden, da diese nationale und Staatsinteressen berühren.<sup>8</sup>

Was die Veröffentlichungen betrifft, wurden drei spezielle Zeitschriften gegründet, die nach wissenschaftlichen textkritischen Methoden herausgegebene, mit Notizen und Anmerkungen, manchmal mit Faksimiles und Fotos versehene Dokumente veröffentlichen: "Vestnik Archivista" (Bote des Archivwissenschaftlers), "Istočnik" (Die Quelle) und "Istoričeskij archiv" (Historisches Archiv). Die Rolle dieser Zeitschriften kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie stellen Quellen dar, an denen kein Forscher der sowjetrussischen Geschichte mehr vorbeikommt. Verständlicherweise ist bis jetzt nur ein Bruchteil des Bestandes veröffentlicht. Dokumente werden auch in den Zeitschriften "Novaja i novejšaja istorija" (Neue und neueste Geschichte), "Rodina" (Heimat) und "Voprosy Istorii" (Fragen der Geschichtswissenschaft) publiziert. Eine globale und genaue Erfassung ist noch immer nicht möglich. Jedenfalls gibt es sie schon teilweise – ein Verzeichnis der in der Zeitschrift "Rodina" von 1989 bis 1995 veröffentlichten Dokumente aus der Periode 1917-1991: Es sind insgesamt 181. Was das Ganze anbelangt, behaupten die russischen Archivwissenschaftler Wladimir Koslow und Olga Loktewa, daß von 1991 bis 1995 ca. 2000 Archivmaterialien veröffentlicht worden sind. Im elektronischen Katalog des Zentralarchivs seien 680 Titel registriert.<sup>9</sup>

Während die bürokratische Inventarisierung der demokratischen Öffentlichkeit einen unverhofften und widerwilligen Dienst erwies, waren umgekehrt die gnadenlosen Machtkämpfe, die unter dem Schein der "monolithischen Einheit der Partei" die oberste Schicht der Nomenklatura zerrissen, dem historischen Gedächtnis sehr abträglich. So ist das persönliche Archiv von Stalin (einige seit langem bekannte Dokumente ausgenommen) spurlos verschwunden. Wie Wolkogonow behauptet, hat Berija das Archiv vernichtet. Der bekannte kommunistische Dissident Shores Medwedew meint, daß die Vernichtung von Stalins "Kampfgefährten" Berija, Malenkow, Molotow, Mikojan, Kaganowitsch, Bulganin und Chruschtschow beschlossen und höchstpersönlich auch ausgeführt wurde. Sie hätten, so Medwedew, im Arbeitsbüro von

---

<sup>8</sup> Vgl. Dmitrij Volkogonov, Ni odnogo dela jurist Uljanov ne vyigral [Der Jurist Uljanow hat keinen einzigen Fall gewonnen], in: Argumenty i fakty, 35, 1994, S. 3.

<sup>9</sup> Vgl. Istočnik, 3, 1996, S. 174-191; vgl. auch Vladimir Koslov, Olga Lokteva, "Archivnaja revoljncija" v Rossii, in: Svobodnaja mysl', 4, 1997, S. 118.

Stalin die Papiere eigenhändig verbrannt, ohne sie zu lesen, weil sie fürchteten, ihre Denunziationen gegeneinander zu finden.<sup>10</sup>

Die veröffentlichten Geheimdokumente werfen Licht auf *alle* Aspekte und Seiten des Sowjet-systems und auf alle wichtigen Ereignisse seiner Geschichte. Freilich kann man nicht sagen, daß sie das Bild der Sowjetunion von Grund auf ändern oder radikal neue Standpunkte einbringen. Das Wesen des kommunistischen Systems kannte man auch vor der Öffnung der Archive. Aber die Dokumente bekräftigen in manchen Fällen das bisher vorhandene Wissen mit sehr überzeugenden und anschaulichen Tatsachen und erlauben dem Leser, sich in die Atmosphäre der höchsten Führungsebene des kommunistischen Machtsystems hineinzusetzen. Sie sind geeignet, bestimmte verbreitete, aber falsche Hochstilisierungen des Sowjetlebens zu korrigieren. Unter anderem zeigen sie, daß das Leben an der "Spitze" viel banaler und kleinbürgerlicher war, als man geneigt war zu glauben, und daß die kommunistischen Führer von übermenschlicher Willensstärke und Geradlinigkeit recht weit entfernt waren. Sie dokumentieren auch deren Beschränktheit, die sehr viele westliche Beobachter und Politiker nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Die veröffentlichten Geheimdokumente können nach dem jeweiligen Gesellschaftsbereich, auf den sie sich beziehen, in vier Gruppen eingeteilt werden.

### ***1. Innenpolitik und Parteigeschichte***

Dank dieser Papiere wissen wir jetzt viel mehr über das Innerste der Machtzentrale sowie über die Vorbereitung und den Ablauf von politischen Entscheidungsprozessen. Dies gilt insbesondere für wichtige innenpolitische und innerparteiliche Wendungen, wie z.B. die politische Vorbereitung des Schauprozesses gegen Bucharin und seine – realen oder imaginären – Freunde und Mitstreiter.<sup>11</sup> Selbst das Bild des Prozesses erfährt Korrekturen, da wir jetzt über das echte Stenogramm der Gerichtsverhandlung verfügen, das von dem 1938 von den Behörden herausgegebenen abweicht.<sup>12</sup> Eine besonders streng geheimgehaltene Seite des "Buches" der Sowjetgeschichte, die nicht nur den Stalinisten, sondern auch den Antistalinisten Chruschtschowschen Typs sehr unangenehm ist, wird jetzt aufgeschlagen – die Tatsache, daß, mag das noch so grotesk sein, die ersten Schritte der Entstalinisierung von keinem anderen als von Stalins Oberhenker Berija unternommen wurden.<sup>13</sup> Jetzt wissen wir viel mehr, einschließlich kleinster Details, über die politische Niederlage der "partei-feindlichen" Gruppe von Molotow, Malenkov, Kaganowitsch, Bulganin und Schepilow (1957). Aber die publizierten Archivdokumente werfen zusätzliches Licht auch auf entferntere Perioden der Parteigeschichte.<sup>14</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. Žores Medvedev, O likvidacii ličnogo archiva Stalina [Über die Liquidierung des persönlichen Archivs von Stalin], in: Rossijskaja gazeta, 11.-17.10.1995.

<sup>11</sup> Materialy fevral'sko-martovskogo plenuma CK VKP(b) [Materialien des Februar-März-Plenums des ZK der KPdSU (B)], in: Voprosy istorii, 6/7, 1992, S. 3-29.

<sup>12</sup> Vgl. Rossijskaja gazeta, 26.1.1996.

<sup>13</sup> Vgl. Jurij Žukov, Tichaja destalinizacija, in: Nezavissimaja gazeta, 27.5.1997.

<sup>14</sup> Vgl. Sovetskaja Rossija, 27.7.1996.



## **2. *Terror und Repressionen***

Die diesbezüglichen Dokumente sind besonders wichtig und erschütternd. Sie vermitteln einen Einblick in die Maschinerie des Todes, die vor nichts und niemandem haltmachte. Nicht einmal der schweizerische Kommunist Fritz Platen, der Lenin unschätzbare Dienste erwies, indem er nach der Februarrevolution dessen Ausreise aus der Schweiz erleichterte, wurde verschont.<sup>15</sup> Ein abgehörtes Telefongespräch genügte, um Generäle, die ihr Blut für den Sieg des Kommunismus vergossen hatten, zu "liquidieren".<sup>16</sup> Charakteristische Details erfährt der Leser sowohl über die antisemitischen Repressionen<sup>17</sup> als auch über Stalins Versuche, die absurden Beschuldigungen gegen altverdiente Kommunisten psychologisch plausibel zu machen.<sup>18</sup>

Die Dokumente sind eine aufschlußreiche Quelle zum Studium der gegenseitigen Ausrottung der Nomenklatura, des an Wahnsinn grenzenden Karussells des Terrors, wobei die Henker von gestern die Opfer von morgen waren. Beeindruckend und höchst aufschlußreich für diese Atmosphäre sind die verzweifelten Briefe des gefürchteten Geheimpolizeichs, Lawrentij Berija, aus der Haft an seine "Kampfgefährten", in denen sich die animalische Angst um das eigene Leben als die Kehrseite der Grausamkeit dieses Mannes zeigt, der selbst so vieler Menschen Leben raubte.

Eine ganz besondere Bedeutung haben die Briefe Bucharins an Stalin, in denen Labilität, Verzweiflung und Würdelosigkeit des Politikers zum Ausdruck kommen, der die Weltrevolution vorbereitete.<sup>19</sup>

Verschiedene Dokumente illustrieren die fast pathologische Grausamkeit von Lenin (besonders in den letzten Jahren vor seinem Tod) und tragen solcherweise dazu bei, die Legende vom prinzipiellen Unterschied zwischen stalinistischer und leninistischer Politik zu widerlegen.<sup>20</sup> Beachtenswert sind die aus Anlaß des 60. Jahrestages der "Säuberungen" in der sowjetischen Generalität veröffentlichten Materialien, die neue Enthüllungen über die unsichtbare Hexenküche des Terrors enthalten

## **3. *Ideologische Fragen und Kontrolle der Kultur durch die Partei***

Dank der neu entdeckten Materialien sind wir jetzt imstande, einen Blick in die "Werkstatt" der ideologischen Prozesse zu werfen. Als Beispiel dafür seien die Erinnerungen an die Formalismus-Debatte 1939<sup>21</sup> und das bisher unbekanntes, nicht korrigierte Stenogramm der Rede von Andrej Schdanow vor den Leningrader Schriftstellern 1946 erwähnt, mit der für die sow-

---

<sup>15</sup> Vgl. Rossijskaja gazeta, 19.4.1994.

<sup>16</sup> Vgl. Izvestija, 16.7.1992.

<sup>17</sup> Vgl. Moskovskie novosti, 20.-27.3.1994.

<sup>18</sup> Vgl. Istočnik, 3, 1994, S. 72-83.

<sup>19</sup> Vgl. Istočnik, Nullnummer, 1993, S. 23-25; Istočnik, 2, 1993, S. 4-12.

<sup>20</sup> Rossijskaja gazeta, 4.5.1994.

<sup>21</sup> Nezavisimaja gazeta, 14.3.1996.

jetische Literatur und Kunst eine neue Eiszeit begann.<sup>22</sup> Die Zeitung "Argumenty i fakty" veröffentlichte Erinnerungen berühmter Männer und Frauen der russischen Kultur an Chruschtschows Umgang mit der Welt der Musen.<sup>23</sup> Dank der Untersuchungen von Roj Medwedew konnte die Vorgeschichte der kuriosen Stalinschen Linguistikbriefe rekonstruiert werden.

Die Archive liefern wertvolles Material auch über die intimen, inoffiziellen ideologischen Ansichten der Machthaber. Die – verbal sehr vorsichtigen – Abweichungen Stalins von den Lehrsätzen der "Klassiker" Marx und Engels finden jetzt ihre Erklärungen in den persönlichen Aufzeichnungen und seinen Randbemerkungen bei der Lektüre von Engels.<sup>24</sup> Interessant ist auch die groteske Art und Weise, in der Stalin den einfachen Parteifunktionären die Grundlagen des Marxismus darstellte.<sup>25</sup>

#### 4. Außenpolitik und fremde KPs

Das Neue, das die Archivmaterialien zu diesem Bereich beitragen, bezieht sich auf die Technik der Kontakte zwischen dem Moskauer Zentrum und den einzelnen kommunistischen Parteien, vor allem im nichtkommunistischen Ausland. Aus den Dokumenten geht hervor, daß die westlichen Kommunisten der KPdSU gegenüber vollkommenen Gehorsam an den Tag legten (was bekannt war), die sowjetischen Genossen aber sich *nicht* in grobem Kommandoton übten (was weniger bekannt war). Die sowjetischen Chefs benahmen sich sozusagen taktvoll.<sup>26</sup> Jedenfalls bestätigen die neu entdeckten Quellen die direkte (technisch sogar sehr primitive) Finanzierung fremder kommunistischer Parteien, z.B. der italienischen, durch Moskau.<sup>27</sup>

Von besonderem Interesse für die Bundesrepublik sind die vertraulichen Protokolle der Gespräche Stalins mit Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht noch vor der Gründung der DDR sowie die biographischen Aktennotizen über sie. Auffallend ist die sehr reservierte Charakterisierung Ulbrichts. Sehr vorsichtig ist auch die Beschreibung Grotewohls, was aber wenig überrascht, denn er war vorher Sozialdemokrat gewesen und hatte die Fusionierung der SPD-Ost und der DKP nicht von Anfang an unterstützt.<sup>28</sup>

Als ein wichtiger Beitrag von großem Erkenntniswert zur Geschichte des Koreakriegs ist die Veröffentlichung des geheimen (mit Pseudonymen unterzeichneten) Briefwechsels Stalins mit Mao Zedong und Kim Il sung (1950-1951), der sowohl die latenten Spannungen zwischen Moskau und Peking als auch das Zögern der Chinesen belegt.<sup>29</sup>

---

<sup>22</sup> Nezavisimaja gazeta, 29.8.1996.

<sup>23</sup> Argumenty i fakty, 36, 1994.

<sup>24</sup> Vgl. Rossijskaja gazeta, 22.12.1993.

<sup>25</sup> Vgl. Istoričeskij archiv, 5, 1994.

<sup>26</sup> Vgl. Istoričeskij archiv, 1, 1996, S. 4-25.

<sup>27</sup> Vgl. Istočnik, 5/6, 1993.

<sup>28</sup> Vgl. Istoričeskij archiv, 2, 1995, S. 22 ff.

<sup>29</sup> Vgl. "Okazat' voennuju pomošč korejskim tovariščam". Perepiska voždej, in: Istočnik, 1, 1996, S. 123-136.

### III. Weiterbeschäftigung von Funktionsträgern der früheren kommunistischen Partei im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbereich

Wegen der schon im ersten Teil dieses Berichts erwähnten langen Dauer der kommunistischen Diktatur in Rußland entstand eine auch in dieser Hinsicht einzigartige Situation. Die Weiterbeschäftigung ehemaliger verantwortlicher kommunistischer Funktionäre und zwar in derselben oder vergleichbaren Funktion ist nicht eine Ausnahme, sondern eher die Regel. Unter den Bedingungen eines totalitären Regimes, dabei des ältesten totalitären Regimes in der Welt, konnten sich keine Gegeneliten im exakten Sinn des Wortes bilden. Die neuen Eliten mußten sich notwendigerweise innerhalb der alten formieren. Mehrere Bürgerrechtler und Dissidenten hatten ursprünglich auch zur herrschenden Elite gehört, obwohl sie später, nachdem sie ihre systemfeindliche Arbeit aufgenommen hatten, aus ihren "Reihen" ausgeschlossen wurden. Die neuen russischen Politikwissenschaftler haben bereits konstatiert, daß die alte Nomenklatura aus allen politischen Kataklysmen eigentlich unbehelligt hervorgegangen ist. Es gibt freilich verschiedene Fraktionen der alten Nomenklatura. Der erzreaktionäre, altkommunistische Kern der *Parteinomenklatura* verlor seine Posten. Aber die *Staatsnomenklatura*, die selbst aus ehemaligen aktiven KPdSU-Mitgliedern bestand, behielt ihre Ämter. Diese Positionen werden jetzt bloß anders bezeichnet (*XY* ist nicht mehr Vorsitzender des Gebietssowjet, sondern Gouverneur oder Bürgermeister usw.).

Zwei Anmerkungen sind allerdings dazu notwendig. Wie der bekannte Publizist Jurij Burtin bemerkt, teilt sich dieser Teil der Nomenklatura seine Macht mit einer Anzahl früherer Systemgegner.<sup>30</sup>

Andererseits gehörten jene Nomenklaturisten, die auch jetzt oder immer noch in gehobener Stellung sind, zu den mittleren und niederen Rängen der Nomenklatura, und diese sahen in der Unterstützung des Reformkurses eine Karrierechance. Symptomatisch und ironisch werden diese Umschichtungen der Nomenklatura "Revolution der jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter" genannt.<sup>31</sup> Jegor Gaidar, Ruslan Chasbulatow, Andranik Migranjan, Grigorij Jawlinskij und Gennadij Burbulis waren wissenschaftliche Mitarbeiter, Professoren und Dozenten.

Somit nehmen die alten Funktionsträger (d.h. sowohl jene, die dem kommunistischen System ununterbrochen gedient haben, als auch jene, die zur Nomenklatura gehört hatten, später aber gegen sie rebellierten) in der neuen Machtelite einen vorrangigen Platz ein.

Es ist im Moment schwierig, genaue statistische Angaben vorzulegen, aber manche Beispiele aus der obersten Schicht der Exekutive sind aufschlußreich. Selbst der Präsident der Russischen Föderation war nicht bloß ein kommunistischer Funktionär, sondern gehörte den höchsten politischen Gremien des kommunistischen Systems an – dem Politbüro (als Kandidat) zwischen 1986 und 1988 und dem ZK-Sekretariat zwischen 1985 und 1986, wobei er gleichzeitig Erster Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU war, d.h. alle Kommunisten

---

<sup>30</sup> Nezavisimaja gazeta, 1.12.1992.

<sup>31</sup> Vgl. Assen Ignatow, Geist und Macht, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 7, 1993, S. 3.

der sowjetischen Hauptstadt leitete. Also ist kein geringerer als die Symbolfigur des anti-kommunistischen Rußland selbst ein "weiterbeschäftigter kommunistischer Funktionär".

Was die Regierung betrifft, die in der Periode 1994-1997 (letzter Stand Juni 1997) von 22 bis 26 Personen zählte, so standen uns genauere Angaben über die soziale und politische Vergangenheit von 22 Personen zur Verfügung, die in dieser Periode Minister waren oder noch bleiben.

Der Regierungschef *Viktor Tschernomyrdin* war 1982-1985 stellvertretender Minister, 1985-1989 Minister und 1986-1990 ZK-Mitglied, also gehörte der höheren Nomenklaturaebene an.

Der vormalige erste stellvertretende Ministerpräsident *Viktor Iljuschin* war stellvertretender Abteilungsleiter im Gebietskomitee der KPdSU in Swerdlowsk und Mitarbeiter Jelzins im Moskauer Stadtkomitee und im ZK der Partei, also gehörte der mittleren Nomenklaturaebene an.

Der jetzige erste stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister *Anatolij Tschubajts* war in seiner Jugend einfaches KPdSU-Mitglied. Der andere erste stellvertretende Ministerpräsident (und Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft) *Boris Nemzow* war parteilos. Der frühere stellvertretende Ministerpräsident *Oleg Lobow* war 1982-1985 erster, dann zweiter Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU in Swerdlowsk. 1987-1989 war er im Apparat der ZK der KPdSU tätig und 1989-1991 war er zweiter Sekretär der Armenischen Kommunistischen Partei. Alles in allem gehörte er der höheren Nomenklaturaebene an.

Der frühere stellvertretende Ministerpräsident *Witalij Ignatenko* war 1978-1986 stellvertretender Leiter der Abteilung "Internationale Information" des ZK der KPdSU, war also Nomenklaturist der höheren Ebene.

Der vormalige stellvertretende Ministerpräsident *Oleg Dawydow* war 1985-1989 stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für außenwirtschaftliche Beziehungen, also gehörte der höheren Ebene der Staatsnomenklatura an. Der jetzige stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft und Ernährung *Viktor Chlystun* war Prorektor einer Moskauer Hochschule (der Posten gehört zu den verhältnismäßig subalternen Rängen der Nomenklatura).

Der jetzige stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister *Anatolij Kulikow* nahm verantwortliche Posten in den sowjetischen inneren Truppen ein, die zur mittleren Ebene der (Staats)nomenklatura gehören.

Der gegenwärtige Minister ohne Aufgabenbereich *Jawgenij Jassin* hat in der kommunistischen Periode keine Partei- oder Regierungsposten bekleidet. Der Schulbildungsminister *Wladimir Kineljow* ist ein Maschinenbauspezialist, der keinen Nomenklaturaposten bekleidet hat.

Der frühere Minister für Arbeit und Soziales *Gennadij Melikjan* hat offenbar auch keine Nomenklatura-Vergangenheit und ist nie KPdSU-Mitglied gewesen. Dasselbe gilt für den Atomminister *Viktor Michailow*.

Der Außenminister *Jewgenij Primakow* hatte zwischen 1962 und 1989 verantwortliche Ämter im System der Akademie der Wissenschaften und in der Redaktion des ZK-Organs "Prawda" inne, d.h. er war Nomenklaturist mittlerer Stufe.

Der Justizminister *Sergej Stepaschin* war einfaches Parteimitglied.

Der Kultusminister *Jewgenij Sidorow* war nie in der KPdSU und hatte auch keine Nomenklaturfunktionen ausgeübt.

Der Minister für Nationalitätenfragen *Wjatscheslaw Michajlow* war Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, d.h. gehörte zur höheren Schicht der Nomenklatura (allerdings gegen das Ende der Existenz der Partei).

Der vormals Verteidigungsminister Generaloberst *Igor Rodionow* war 1986 Armeebefehlshaber, d.h. er gehörte zur höheren Schicht der Nomenklatura.

Über seinen Nachfolger Armeegeneral *Igor Sergejew* weiß man auch, daß er keine spezifisch politischen (parteilichen und staatlichen) Funktionen innegehabt hat. Allerdings ist es (ohne daß wir Beweise dafür haben) wegen seiner hohen Militärkarriere in den strategisch wichtigen Raketentruppen praktisch sicher, daß er KPdSU-Mitglied gewesen ist.

Auch Zivilverteidigungsminister *Sergej Schojgu* ist kein Nomenklatura- und vermutlich auch kein Parteimitglied gewesen.

Dasselbe gilt sicherlich auch für den vormals Bauminister *Efim Bassin*. Das Resultat: Von insgesamt 22 Regierungsmitgliedern, über welche nähere biographische Informationen vorlagen, gehörten immerhin 12 der kommunistischen Nomenklatura an und drei weitere waren Basisparteimitglieder. Also, die gute Hälfte der untersuchten politischen Personen war – so oder so – mit der Nomenklatura verbunden. Jedenfalls gehörten diese Funktionäre der mittleren und höheren Ebene an. Die höchsten Posten, die diese Menschen in der Sowjetperiode bekleideten, waren: ZK-Mitglied, ZK-Abteilungsleiter bzw. stellvertretender ZK-Abteilungsleiter (und dabei in der letzten, z.T. Gorbatschowschen, d.h. liberalen Periode). Kein Regierungsmitglied war Politbüro-Vollmitglied oder Politbürokandidat oder ZK-Sekretär. Das bedeutet, daß die höchste Nomenklaturaebene (das eigentliche Machtzentrum) und die jetzige Regierungsebene scharf getrennt sind. Außerdem – was mit dem natürlichen Generationswechsel und der steigenden Entkommunisierung des Landes zusammenhängt – vermindert sich die Zahl der Angehörigen der früheren kommunistischen Machtelite, die noch in der Regierung sind, immer mehr.

Wir wissen nicht, ob dieses Beispiel wirklich repräsentativ ist. Jedenfalls dominiert in der russischen Öffentlichkeit eine "intuitive", "mit bloßem Auge" gemachte Einschätzung, die dieses Beispiel als repräsentativ bestätigt. Manche sehen darin einen Beweis für die Reife der Russen, die nicht den Fehler der absoluten Zerstörung wiederholen wollen. Andere sind empört, und zwar aus entgegengesetzten Gründen. Für die radikalen Demokraten bedeutet diese Tatsache, daß der Wandel nur scheinbar ist, für die Ultrakonservativen ist das ein Beweis für die "Heuchelei" der Demokraten, die eigentlich Opportunisten und Wendehälse seien und kein moralisches Recht hätten, den Kommunismus anzugreifen. Aber gerade diese Vielfalt

der Bewertungen zeigt, daß die Tatsache als Tatsache (starke Präsenz der alten Nomenklatura in der neuen Machtelite) ziemlich sicher ist.

So steht die Lage in Rußland in krassem Gegensatz zu der Lage in der ehemaligen DDR und den ost- und mitteleuropäischen Ländern (den Ex-Volksdemokratien). Wie schon gesagt, ist dieser Unterschied erklärlich. Die herrschende kommunistische Elite war sehr lange Zeit an der Macht und konnte alle politischen Konkurrenten ausschalten. Daraus folgen wichtige Konsequenzen: Die Zugehörigkeit zur herrschenden Elite in der UdSSR muß anders behandelt werden als z.B. in den neuen Bundesländern, in Tschechien oder in Polen. Gerade wegen der längeren Dauer der Machtausübung konnten sich im Schoß der Nomenklatura selbst solche Schichten bilden, die sich zu Politikern und Managern westlichen Typs entwickeln konnten. Weiter: Während die Bevölkerung der ehemaligen ČSSR oder der ehemaligen DDR die Machthaber als direkte fremde Agenten ansah und sie verachtete, war das in der UdSSR nicht der Fall, wo zwischen Bevölkerung und Machthabern ein breiterer Konsens bestand (oder zumindest eine höhere Stufe der Akzeptanz der Machthaber in der Bevölkerung), nicht zuletzt infolge der "patriotischen" Terminologie. *Daher wäre es auch vom deutschen Standpunkt aus falsch, dieselbe rigorose Ausschaltung der alten Nomenklatura von den Russen zu verlangen und die Vergangenheitsbewältigung daran zu messen, wie sie in der DDR mit gutem Recht geschah oder intendiert wurde.* Eine Empörung über Breschnew, Andropow oder Tschernenko bestand nie in dem Maß, wie die Tschechen über Husák und die Deutschen über Honecker empört waren.

Freilich hat auch die russische Situation einen moralischen Aspekt, weil jener Teil der Nomenklatura, der die politische Wende akzeptierte, nicht nur aus denen bestand, die ehrlich ihre Überzeugung änderten, sondern auch aus Opportunisten ohne Überzeugungen, die sich zynisch den neuen Herren und der neuen Lage anpaßten. Natürlich ist dies kein idealer Zustand, und das moralische Gefühl, das sich verletzt fühlt bei der Feststellung, daß die Starken von gestern auch die Starken von heute sind, hat seine Berechtigung. Aber die Situation ist schwer zu ändern, und ein radikales Moralisieren ist auch falsch und unproduktiv. Gesunder Pragmatismus ist imstande einzusehen, daß auch ein politisches Chamäleon Positives leisten kann und daß ein Chamäleon, ohne Vorbild zu sein, doch besser ist als ein undomestizierbares Raubtier.

#### **IV. Rezeption der Vergangenheitsbewältigung in der Bevölkerung, den Medien und der Wissenschaft: Im Spannungsfeld zwischen Resistenz und Kollaboration**

Die Vergangenheitsbewältigung steht – neben aktuellen Fragen – im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit und bleibt ein sehr wichtiges Thema für alle Medien. Alle großen Zeitungen publizieren schon jahrelang Materialien über Ereignisse, Bewegungen und Persönlichkeiten der Vergangenheit. Eine sehr große Rolle spielen Informationen über solche Männer und Frauen, die das kommunistische Regime totschiwg oder verunglimpfte: die alten russischen Politiker, Minister, Abgeordneten, die Vertreter anderer revolutionärer Bewegungen, in denen die Kommunisten Rivalen erblickten, die Schriftsteller, Philo-

sophen und Historiker, die großes Ansehen genossen, aber nicht in die kommunistische Dogmatik paßten.

Was sich jetzt abzeichnet, ist die Differenzierung und Nuancierung in der Bewertung der Spannung zwischen Anpassung und Widerstand. Die Öffentlichkeit schwankt zwischen einigen entgegengesetzten Meinungen. Nach wie vor existiert die populäre Meinung vom "Volk der Sklaven und Denunzianten", das in seiner überwiegenden Mehrheit die Macht unterstützt habe. Mehrere Publizisten plädieren aber für eine gerechtere Einschätzung des russischen Volkes. Noch vor der Wende trug Alexander Solschenizyn sehr viel dazu bei. In seinem "Archipel Gulag" schildert er akribisch nicht nur die Verbrechen des Regimes, sondern auch den Widerstand, der gar nicht so schwach gewesen ist.<sup>32</sup> Nur hat der riesige Raum des Landes sowie die totale Informationssperre die Verbreitung des Wissens darüber sehr erschwert.

Jetzt erfährt die russische Öffentlichkeit immer mehr über den Widerstand, den verwegene mutige und heroische Menschen in ganz verschiedenen Perioden der Sowjetgeschichte geleistet haben, so bei dem großen Bauernaufstand im Tambowschen 1926.<sup>33</sup>

In diesem Jahr berichtete die Zeitung "Nezavisimaja gazeta" über eine ganz unbekannt gebliebene Tatsache aus der Geschichte des antistalinistischen Widerstands. Im September 1950 gründete eine Gruppe Moskauer Studenten des ersten Semesters mit Gymnasialschülern einen illegalen Zirkel. Neben freien Diskussionen über philosophisch-literarische Fragen druckten die jungen Leute auch Flugblätter und verbreiteten sie unter ihren Mitschülern und Kommilitonen. Im Januar 1951 wurden die Mitglieder der Gruppe entdeckt und verhaftet. Nach einem "Prozeß hinter verschlossenen Türen" (ohne Anhörung der Parteien) wurden drei junge Aktivisten des Zirkels zum Tode verurteilt und hingerichtet, zehn wurden zu 25 Jahren und drei zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.<sup>34</sup>

Die Presse informiert auch über wenig bekannte Aspekte der Solidarität der sowjetischen Intelligenzija mit Daniel und Sinjawschij, die wegen ihrer im Westen veröffentlichten Werke zu hohen Freiheitsentzugsstrafen (Gefängnis und Zwangsarbeitslager) verurteilt worden sind.<sup>35</sup>

Hochinteressant sind die in der Zeitschrift "Moskovskie novosti" veröffentlichten Informationen über einen vertraulichen Bericht des ZK-Sekretärs Viktor Grischin an das ZK, dem unter anderem zu entnehmen ist, daß in einzelnen wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen sogar Wissenschaftler und Dozenten die Richtigkeit der Okkupation der ČSSR (1968) bezweifelten. In einem anderen Bericht teilt Grischin mit, daß in Moskau Flugblätter verteilt worden seien, die die Okkupation verurteilten, und daß zwei junge Menschen Unterschriften für eine Petition gegen die Okkupation sammelten.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Alexandre Soljénitsyne, L'archipel du Goulag, Bd. 3, Paris 1976, S. 87-234; A. Solženicyn, Archipelag GULag. 1918-1956. III-IV, Paris 1976, S. 384-404, 642-657.

<sup>33</sup> Vgl. Moskovskie novosti, 23.-30.7.1995.

<sup>34</sup> Vgl. Nezavisimaja gazeta, 28.8.1996.

<sup>35</sup> Vgl. Nezavisimaja gazeta, 9.2.1996.

<sup>36</sup> Vgl. Moskovskie novosti, 18.-25.8.1996.

Noch früher begann – ganz unsystematisch und eher spontan – eine aufsehenerregende Arbeit zur Auffindung der materiellen Beweise des stalinistischen bzw. des kommunistischen Terrors überhaupt. 1988 wurde in der Nähe von Minsk zufällig ein Erschießungsplatz entdeckt, wo von 1937 bis zum Anfang des Krieges 1941 Tag und Nacht Menschen erschossen wurden, insgesamt 100.000. Makabre Ausgrabungen wurden auch andernorts gemacht. All diese Ereignisse werden von der Öffentlichkeit und den demokratischen Medien auch zur demokratischen politischen Erziehung des Volkes benutzt.

Was die Kommunisten und ihre Sympathisanten anbelangt, so hat sich ihre Taktik verändert. Eine direkte Rechtfertigung des Terrors existiert nicht mehr. Man versucht auch nicht, wie es eine Zeitlang üblich war, den Terror auf "Einzelfälle" und "tragische Fehler" zurückzuführen. Jetzt flüchten die Kommunisten in eine nebelhafte pseudophilosophische Spekulation in etwa dem Sinne: Stalin und seine engsten "Kampfgefährten" seien "große historische Persönlichkeiten" und als solche "kompliziert" und "widersprüchlich". Sie seien "sowohl ... als auch". Die Repressionen dürften nicht verschwiegen werden, aber sie könnten die "Verdienste" Stalins nicht ausmerzen, so sei es mit allen historischen Persönlichkeiten in der Welt. Symptomatisch ist, daß die Kommunisten in dieser Situation ihren "Klassenstandpunkt" vergessen und sich gerne auf Cäsar, Napoleon, Friedrich II. usw. berufen.

## **V. Einschätzung der KP-Nachfolgepartei, insbesondere ihres Umgangs mit der eigenen Vergangenheit**

Wie in allen osteuropäischen Ländern kämpfen auch in Rußland mehrere Organisationen und Bewegungen um das Erbe der KPdSU. Zunächst einmal gibt es einige unbedeutende Organisationen und Gruppierungen, die sich uneingeschränkt zur bolschewistischen Vergangenheit bekennen, einschließlich der Periode der stalinistischen Diktatur, und auch jene bescheidenen Entstalinisierungsversuche ablehnen, die mit dem Namen von Chruschtschow verbunden sind. Allerdings kritisieren sie zuweilen auch die Periode von Breschnew und Tschernenko, weil diese bereits den Verrat am Kommunismus begangen hätten. Diese sektiererischen Gruppierungen sind nicht ernst zu nehmen, obwohl ihre Mitglieder bei den Wahlen ihre Kritik an der "inkonsequenten" Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) natürlich vergessen und für diese stimmen.

Die seriöseste kommunistische Kraft und natürliche Erbin der KPdSU ist die KPRF. Sie ist überhaupt die am besten organisierte und disziplinierteste Partei in der Russischen Föderation. Die jahrzehntelange Herrschaft der KPdSU wird hier fühlbar: Die Partei hat reiche organisatorische Erfahrungen gesammelt und erfolgreiche Techniken der politischen Manipulation entwickelt. Mit ihren 20.000 Basisorganisationen<sup>37</sup> ist sie nach wie vor flächendeckend präsent, und im Unterschied zu den anderen Parteien hat sie permanent und gut funktionierende

---

<sup>37</sup> Vgl. Heinz Timmermann, Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, Teil I, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 69, 1995, S. 3.



Strukturen. In dieser Hinsicht bleibt sie eine Kaderpartei leninistisch-stalinistischen und quasi militärischen Musters. Sie zählt bis zu 500.000 Mitglieder.<sup>38</sup>

Die KPRF bleibt die stärkste politische Partei Rußlands, wovon die Ergebnisse der Duma-Wahlen zeugen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bei den Staatsdumawahlen 1993 gewann die KPRF 12,4 Prozent der Stimmen und 10 Prozent der Sitze (45 von insgesamt 450), bei den Wahlen 1995 erzielte sie 22,3 Prozent der Stimmen und 33,3 Prozent der Sitze (149 von 450). Dieser Trend ist besorgniserregend. Freilich konnte der KPRF-Chef Sjuganow die Präsidentschaftswahlen nicht gewinnen. Aber immerhin bleibt die KPRF eine Kraft, die nicht zu unterschätzen ist.

Von einer echten Vergangenheitsbewältigung, einem aufrichtigen Schuldbekennnis und Schuldgefühl vor dem Volk kann bei der KPRF überhaupt nicht die Rede sein. Die offizielle Einschätzung der Vergangenheit durch die Partei besteht in einer eindeutigen Bejahung und Verherrlichung der bolschewistischen Herrschaft wegen ihrer vermeintlichen "welthistorischen Leistungen" und in der Vermeidung der Frage nach dem Terror, nach den Repressionen. Die KPRF lobt im altsowjetischen Stil das Sowjetsystem als ein System, das das Recht auf Arbeit, kostenlose Bildung, Gesundheitsschutz und Wohnung garantierte und verwirklichte. Im Vergleich zu der alten kommunistischen Apologetik gibt es gewisse Nuancen: Die gegenwärtigen Kommunisten heben mehr die sozialen Leistungen und die militärischen Siege hervor, während sie das abstrakt doktrinaire Argument, der Kommunismus sei die "höchste gesellschaftsökonomische Formation", vermeiden.

In ihrem Programm gesteht die Partei die Fehlentwicklungen der Sowjetperiode ein, unternimmt aber zugleich ein echt byzantinisches Manöver, um die Verantwortung von sich zu weisen: Schuld an den Fehlentwicklungen seien Politiker wie Trotzki gewesen, d.h. gerade diejenigen, die ziemlich rasch ihre Posten und ihren Einfluß auf die Partei verloren, folglich über keine Macht verfügten, um das System falsch steuern zu können.<sup>39</sup> Die Wahlplattform der Partei (August 1995) geht noch weiter und ist "phantasievoller": Es habe in der KPdSU zwei Parteien gegeben - die Partei von Trotzki, Berija, Gorbatschow und Jelzin und die Partei von Stachanow, Gagarin, Koroljow, Kurtschatow und Shukow.<sup>40</sup>

Erinnert sei daran, daß Gorbatschow und Jelzin weder etwas mit der Politik von Trotzki noch mit der von Berija zu tun haben. Trotzki war für eine Weltrevolution, Gorbatschow hingegen hat definitiv versucht, sich mit der "kapitalistischen" Welt zu versöhnen. Erinnert sei ferner daran, daß der gehorsame und blutrünstige Diener von Stalin, Berija, als Volkskommissar des Innern die Leitung und die Oberaufsicht über die "Operation" der Ermordung Trozkijs hatte.

---

<sup>38</sup> Vgl. Eberhard Schneider, Russische Parteien vor der Staatsdumawahl, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 60, 1995, S. 3.

<sup>39</sup> Vgl. Programma Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii [Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation], in: Sovetskaja Rossija, 2.2.1995.

<sup>40</sup> Za našu sovetskiju rodinu! Predvybornaja platforma Kommunističeskoj partii Rossijskoj Federacii [Für unser sowjetisches Vaterland! Wahlplattform der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation], in: Sovetskaja Rossija, 31.8.1995.

Dieser Versuch, die KPdSU freizusprechen, ist besonders unseriös und unverfroren. Eine solche Verdrehung der Tatsachen setzt offenbar auf die Unwissenheit der russischen Massen.

Wie gesagt, vermeidet die KPRF explizit jede generelle Stellungnahme zum Terror und zu den Repressionen. Es scheint, daß die Partei den Terror bis in die Mitte der 30er Jahre in keiner Weise bereut - dieser Terror war nur gegen Nichtkommunisten gerichtet. Was den Terror nach 1935 betrifft, der schon Kommunisten zu treffen begann, so begnügt sich das Dokument mit einem *halben Satz*, der doppeldeutig und vage klingt und eigentlich keine Verurteilung enthält, sondern das Türchen offenläßt zu behaupten, falsch verstanden worden zu sein. Zitieren wir: "Ohne dies zu berücksichtigen (den Kampf zwischen den obengenannten "zwei Parteien" innerhalb der KPdSU – A.I.) kann man unmöglich solche Widersprüche der vaterländischen Geschichte wie die Verbindung eines massenhaften konstruktiven Enthusiasmus mit den Repressionen der 30er und 40er Jahre begreifen. Nur indem man die gegebenen Umstände berücksichtigt, kann man eine objektive Einschätzung der Rolle solcher Partei- und Staatsführer wie I.W. Stalin und W.M. Molotow, N.S. Chruschtschow und G.M. Malenkow, L.I. Breschnew und A.N. Kossygin geben."<sup>41</sup> Aber die Autoren des zitierten Parteidokuments hüten sich sorgfältig davor, diese Einschätzung klar und deutlich zu formulieren. Wir erfahren nur, daß die Einschätzung "objektiv" ist, aber keineswegs, wie sie lautet. Die angeführten Worte lassen den Eindruck entstehen, daß der Terror so etwas wie der Preis der innerparteilichen Querelen war. Das Programmdokument drückt sich offenbar so gewunden und zweideutig aus, um niemanden abzustoßen – weder die Stalinisten noch die Kommunisten, die den Stalinschen Terror gegen die Kommunisten mißbilligen. Aber einzelne kommunistische Politiker sprechen manchmal eine offenere Sprache. Im Gespräch mit dem Reporter des Wochenmagazins "Der Spiegel" negierte KP-Chef Sjuganow einfach die Tatsache des Terrors. Er sagte, unter Jelzin gebe es mehr Opfer als unter Stalin!<sup>42</sup> Auch in seinem Rechenschaftsbericht auf dem IV. Parteitag der KPRF am 19. April 1997 hielt Sjuganow es für angebracht, sich auf Stalins Worte von 1952 über die Kommunisten als Kämpfer für Bürgerfreiheiten zu berufen.<sup>43</sup> Die KPRF-nahe Presse wird nicht müde, Stalin zu verherrlichen oder die Tatsache des Terrors zwar einzugestehen, aber als notwendiges Übel zu rechtfertigen oder durch einen ziemlich einfachen Taschenspielertrick angeblichen "Feinden" zuzuschreiben, die die Sicherheitsdienste infiltriert hätten.

Die Partei gesteht ein, daß auch unter Stalin viele "Fehler" begangen worden seien. Aber es handelt sich um eine Scheinkritik, weil Stalin eigentlich vorgeworfen wird, nicht stalinistisch genug gewesen zu sein, z.B., daß er das westliche Produktionsmodell übernommen und keine echte Vergesellschaftung durchgeführt habe. D.h., Stalin wird von den Positionen eines noch linkeren und absurderen Programms kritisiert.

Als eine gewisse Entwertung der Oktoberrevolution ist ihre Charakterisierung als "erzwungener Schritt", als einzige Chance zum Überleben nach dem Ersten Weltkrieg, als einzige mög-

---

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Der Spiegel, 2, 1996, S. 120.

<sup>43</sup> Vgl. G.A. Zjuganow, *Političescij otčet CK KPRF*, in: *Kommunist* 3, 1997, S. 8.

liche Entwicklung trotz der "Unreife" vieler Voraussetzungen zu bewerten.<sup>44</sup> Hiermit übernimmt die KPRF *nolens volens* die Kritik, die die Zweite Internationale an die Bolschewiki gerichtet hatte.

Alles in allem schwankt die Art und Weise, in der die KPRF mit der Vergangenheit umgeht, für die sie Verantwortung trägt, zwischen doppeldeutiger Verdrängung (mit pragmatischem Kalkül der möglichen Reaktionen) und weitgehender Billigung. Die Distanzierung von der unheimlichen Vergangenheit ist bei einigen minimal; andere meinen, die Vergangenheit hätte noch repressiver sein können.

Somit ist die KPRF unter ihrer Schwesterparteien diejenige, *die am wenigsten bereit ist, sich kritisch mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen*. Sie ist auch die einzige entmachtete KP, die *nicht einmal die Absicht hat*, eine sozialdemokratische Entwicklung zu nehmen. Einflußreiche kommunistische Theoretiker haben klar erklärt, daß die Sozialdemokratie kein Ziel und kein Weg für die russischen Kommunisten ist.

---

<sup>44</sup> Vgl. Naš sovremennik, 10, 1995, S. 108.

**Assen Ignatow**

## **Dealing with the Past in the Russian Federation**

Bericht des BIOst Nr. 42/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The process of dealing with the communist past in the former Soviet Union and its very core, Russia, is a complex and manifold, and at the same time quite a difficult task. The outcome to date has been highly inconsistent.

The present report attempts to sketch this re-examination process in its broad outlines, paying attention to a number of aspects: the rehabilitation of the victims of dictatorship and the punishment of those who organised and implemented the reign of terror; publication of the formerly secret material of the power centres; the present power positions of the communist ruling class; the public response to endeavours to deal with the past; and the situation of the Communist Party today.

#### *Findings*

1. The general picture of juridical efforts to reverse communist injustice is a contradictory one. Many difficulties are being encountered due to the very long duration of communist rule: many of those unjustly persecuted and also many of those guilty of the persecutions are by now dead. This makes it impossible to punish the henchmen of the communist regime and makes the rehabilitation of the victims purely symbolic.
2. Nevertheless, much has been achieved in this respect. A general juridical framework and baselines have been set up which make it possible to remedy injustice at least in part. These are the laws "On the rehabilitation of the peoples that were the victims of repressions" (26.4.1991) and "On the rehabilitation of the victims of political repressions" (18.10.1991). Both the innocent victims of court sentences and those who have suffered repression without formal trial are eligible for rehabilitation. There is a whole avalanche of rehabilitation proceedings under way in Russia, and these are being decided unbu-reaucratically and in favour of the petitioner. The media report regularly on these proceedings, but it is difficult to state their total number.
3. The first rehabilitations already took place in the middle and latter phases of perestroika, more precisely in 1987-1988, starting with the review of many a famous show trial of the past such as those against the "Party of Working Peasants" or the "Industry Party", the

trial of Bukharin, Rykov, Rakovsky, Krestinsky and other members of the "Right Trotskyist Bloc", and later the trial of Zinovyev, Kamenev and other "traitors".

4. This highly satisfactory status achieved with respect to rehabilitations is in vivid contrast to the situation as regards the penal prosecution of those judges, public prosecutors, examining magistrates, state security and militia officers and their fellows who arrested, tortured, extorted and murdered innocent people. There is no special law to facilitate or govern prosecution of these crimes. Although charges can be brought against such offenders under ordinary penal law, to this day not a single sentence has been passed against those who unscrupulously violated their own system's laws and repressed innocent citizens. Besides the passive resistance of the power elite who are linked with the old system in one way or another, there is also a legal barrier: the ten-years' limitation period in Russia, that makes it virtually impossible to prosecute any of the crimes committed by the communist regime.
5. In the field of disclosure of the communist system's secrets, the new authorities and the public have gained some very valuable insights. The most important secret archives (the archives of the CC of the CPSU and of the Comintern, those of the President of the USSR – nowadays of the Russian Federation – and of the Foreign Office) have in principle been opened up. According to the prominent historian Dmitry Volkogonov, now deceased, 78 million out of a total of 80 million secret files (at a rough estimate) have by now been released. The documents remaining under lock and key, Volkogonov asserted, concerned Russia's national interests.
6. Publication of material casting light on the "most sacrosanct" aspects of the dictatorship continues unabated. For some years now, these texts have been appearing mainly in three specialised journals (which consist practically exclusively of such texts!).
7. The sources available to scholars, but also to the general public, following the opening of the archives are immense. But they are not quite complete: Stalin's personal archive has disappeared (probably destroyed by top-level Soviet politicians).
8. The archive texts now being published do not call for any revolution of our conceptions of the Soviet system, but they do illustrate and supplement these in a particularly vivid manner. They illuminate all aspects of communist politics. Thanks to these texts we are now better able to understand the concrete mechanisms behind many phenomena. The secret documents reveal how the shorthand records of a political trial were forged, how the apparatus of repression actually worked, how timorously and ignominiously high-level communist officials (e.g. Lavrenty Beria) behaved when they themselves became caught up in the whirlpool of terror, how culture policy was made, the tone cultivated at meetings between Soviet leaders and visiting communists from abroad, and what Moscow really thought of the qualities of its Eastern European underlings (e.g. the Soviet leadership was very reticent in its dealings with the GDR's Ulbricht and Grotewohl).
9. For former communist officials to continue in office in the civil service is no exception but rather the rule. The extremely long duration of the communist regime consolidated

- the communist power elite and made it impossible for any real counter-elite to emerge. Thus, the new elite consists of those parts of the old communist elite that accepted the political change and of former civil rights activists and dissidents who, however, had originally – before their private rebellion – themselves belonged to the nomenklatura.
10. These are, however, people who had previously held fairly low-level positions in the communist party and (especially) state apparatus. This is evident in the case of the Russian government itself. President Yeltsin (who had been a CC Secretary and candidate member of the Politburo) and Prime Minister Chernomyrdin (member of the CC) formerly held relatively high offices. It is highly significant that none other than the figure-head of Russian anti-communism, Boris Yeltsin, was himself a prominent protagonist in the old system.
  11. In this respect Russia differs very clearly from the other ex-communist countries, including the new lands of the Federal Republic of Germany, where most of the people who had previously held positions of political responsibility were removed from office. In the Czech Republic, and for a time in Bulgaria, a ban was even imposed: former top-level officials were not allowed to hold leading offices within a certain period. Such a prohibition would be inconceivable in Russia, where the old nomenklatura allowed no other group to emerge that might have been able to play an alternative rôle.
  12. The Russian public is highly committed to coming to grips with the country's past and is displaying in its endeavours that ardour that is peculiar to the Russian people. In a sense, the whole country is living with its past, which is a subject of lively discussion. Particular attention is being dedicated to those characters in Russian political and intellectual history that used to be disdained or banished to oblivion. It is no exaggeration to say that the broad masses are only now really starting to learn the history of their country. As regards the antagonistic association between resistance and compliance, opinions contrast sharply. The popular characterisation of the Russians as a "nation of slaves and denouncers" is still prevalent. But there are also other voices to be heard. Even before the change of system, Alexander Solzhenitsyn in his epoch-making work "The Gulag Archipelago" meticulously described the strikes, demonstrations, uprisings and guerrilla movements that took place despite the vicious reign of terror. Now the public is learning more and more about the at times desperate resistance carried on in various periods of Soviet history. The first macabre traces of communist crimes – of execution yards, mass graves and corpses – had been discovered even earlier, but unsystematically and more or less by coincidence.
  13. Against this background, the communists have changed their tactics. Outright denial and attempts to justify the terror are now the exception, although Gennady Zyuganov in an interview with a reporter from "Der Spiegel" magazine impertinently claimed that there had been many fewer victims under Stalin than under Yeltsin. On the whole, the communists do not dispute that there had been a reign of terror but assert that it had been the reverse side of Lenin's and Stalin's "great statesmanlike politics".

14. The Communist Party of the Russian Federation is the largest and best organised political party in the country. It commands extensive, disciplined and permanently functioning structures. The communists fortunately did not manage to win the presidential election, but they remain a serious threat to Russia's young democracy.
15. The CPRF is the most backward party of its kind in terms of internal evolution and critical disengagement from the past. It still professes Leninism and Stalinism *grosso modo* and rejects the notion of social democratisation. Thus, by comparison with the Eastern and Central European post-communist parties, it is still a conservative, anti-democratic force. When it wants to lend itself a semblance of critical self-appraisal, it does so in ambiguous ways. Either the party criticises Stalin for not having been even more "Stalinist" or it attributes the "errors" to others such as Stalin's adversary Trotsky or to Lavrenty Beria, who was Stalin's docile servant and even led the "action" to murder Trotsky. So the CPRF remains a political force of which it can rightly be said that, by contrast with the Polish, Hungarian, Czech and even the Bulgarian communists, it has forgotten nothing old and learned nothing new.
16. To sum up, attempts to deal with the communist past in Russia have been highly contradictory and the outcome inconsistent. Positive results have been achieved in rehabilitating the victims of communist injustice and in the media's treatment of the secret documents from the old power centres. Nothing has been done in the way of punishing those responsible for the terror. There has also been little change in the "substance" of the power elite. And the Russian communists' party, which has barely changed its name and refuses to admit its guilt before the people of the country and before the world, is showing little practical evidence of repentance and little ability to learn from the mistakes of its own past.